

Hinweise zur Erstattung von Verdienstausschlag ab 2009

1.

Eine Erstattung von Verdienstausschlag kann aus folgenden Anlässen erfolgen:

- Teilnahme an Bildungsveranstaltungen gemäß § 6 Abs. 2 Satz 5 des Jugendförderungsgesetzes
- Teilnahme als ehrenamtliche-r Mitarbeiterin an sonstigen Maßnahmen und Veranstaltungen (Freizeit- und Erholungsmaßnahmen) anerkannter Träger der freien Jugendhilfe im Sinne des Gesetzes über die Arbeitsbefreiung für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports (auch dann, wenn ein-e Arbeitgeber-in über den im Gesetz vorgegebenen zeitlichen Rahmen hinaus Sonderurlaub gewährt).
- Teilnahme an Sitzungen von Gremien anerkannter Träger der Jugendarbeit (Vorstände, Ausschüsse, Arbeitskreise u.Ä.) auf Landes- und Bundesebene.

2.

Nachgewiesener Verdienstausschlag kann den Teilnehmer-inne-n an Veranstaltungen und Maßnahmen nach 1 erstattet werden (Berechtigte). Ausgenommen sind hauptamtliche Kräfte des Trägers der Maßnahme. Der/die Berechtigte muss vor seiner/ihrer Teilnahme an einer Veranstaltung oder Maßnahme nach 1 mindestens einen Monat lang gegen Entgelt beschäftigt gewesen sein. Wird ein Verdienstausschlag von Berechtigten beantragt, die nicht in einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis stehen, so kann das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen des letzten Kalenderjahres zugrunde gelegt werden.

3.

Die Mitgliedsverbände beauftragen den Landesjugendring mit der Abwicklung des Erstattungsverfahrens zum Ausgleich von Verdienstausschlag. Die entsprechenden Fördermittel werden durch den Landesjugendring im Auftrag der Verbände verwaltet und ggü. der Bewilligungsbehörde nachgewiesen.

4.

Eine Erstattung von Verdienstausschlag beschränkt sich der Höhe nach

- auf die vom Land bereitgestellten Fördermittel und
- auf das dem einzelnen Jugendverband zur Verfügung stehende Budget.

Auf Erstattung von Verdienstausschlag besteht kein Rechtsanspruch.

5.

Der ANTRAG auf Erstattung von Verdienstausschlag (Formblatt) ist (ausgefüllt von dem/der Berechtigten, von dem Arbeitgeber bzw. der Arbeitgeberin und vom Maßnahmeträger) zusammen mit dem Programm der Maßnahme dem Landesjugendring Niedersachsen vorzulegen. Die Vorlage muss bis 2 Monate nach Beendigung der Maßnahme erfolgen (Ausschlussfrist). Bei später vorgelegten Anträgen kann der Verdienstausschlag nicht mehr erstattet werden.

6.

Die Zuwendung zum Ausgleich von Verdienstausschlag beträgt für jeden vollen Arbeitstag bis zu 100 Euro und höchstens 100% des ausgefallenen Nettoverdienstes. Im Falle nachgewiesener unbezahlter Arbeitsfreistellung für halbe Tage kann die Zuwendung entsprechend gewährt werden. Öffentliche Mittel, die von anderer Seite gewährt werden, oder sonstige finanzielle Leistungen durch Dritte sind auf die Zuwendung anzurechnen.

7.

Der Landesjugendring Niedersachsen prüft die Unterlagen und nimmt die Überweisung des Verdienstausschlages an den/die Berechtigten direkt vor. Die Erstattung erfolgt schnellstens, soweit das Land die Fördermittel zur Verfügung gestellt hat.